

Landtagssitzung: Der Finanzplatz steht im Mittelpunkt

Das Parlament tagt zum letzten Mal vor der Sommerpause – Wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen stehen an

Letzte Sitzung des Landtages vor der Sommerpause: Das Parlament beschäftigt sich ab heute wieder mit zentralen Fragen für die Zukunft Liechtensteins. 36 Traktanden werden die Abgeordneten in den kommenden drei (oder vier) Tagen zu behandeln haben. Im Mittelpunkt stehen die vorgesehenen Gesetzesänderungen im Bereich des Finanzplatzes Liechtenstein. Aber auch andere wichtige Punkte werden im Landtag für Diskussionen und Debatten sorgen.

Peter Kindle

Der Landtag soll mit Änderungen im Bereich der Gesetzgebung für den Finanzplatz Liechtenstein internationale Zeichen setzen. Nachdem Liechtenstein vor allem durch die FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) in starke Bedrängnis gekommen ist, ist der Landtag nun aufgefordert, entsprechende Gesetzesänderungen in erster Lesung zu beraten, um den Finanzplatz Liechtenstein im Lichte der ausländischen Beobachter und Kritiker wieder mit effektiven Gesetzen, vor allem im Bereich des Vollzuges, auszustatten.

Anpassung der Gesetze

Aufgrund des enormen ausländischen Druckes auf den Liechtensteiner Finanzplatz wird das Parlament in erster Lesung die Revision dreier Gesetze beraten, welche die Glaubwürdigkeit des heimischen Finanzplatzes weiter untermauern sollen.

So legte die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag zur Änderung des sogenannten Sorgfaltspflichten-



Der Landtag wird in der heute beginnenden Juni-Session wichtige Traktanden beraten. Im Mittelpunkt stehen die Revisionen im Bereich der Gesetzgebung zum Finanzplatz Liechtenstein. (Archivbild)

gesetzes vor. Die bestehende gesetzliche Regelung aus dem Jahr 1996 soll durch eine explizite Einführung der materiellen Kontrolle im Sinne einer Beleg- beziehungsweise Plausibilitätskontrolle ergänzt werden. Die Verstärkung der Pflicht zur Überprüfung der Herkunft der Vermögenswerte sowie die Verstärkung der Meldepflicht bei Verdacht auf Geldwäscherei sollen vehement verbessert werden.

Die zweite Gesetzesanpassung im Bereich des Finanzplatzes Liechten-

stein betrifft die Besprechung eines neuen Rechtshilfegesetzes. Liechtenstein habe unbestrittenermassen ein staatspolitisches Interesse, im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen eine verbesserte Kooperation zu ausländischen Staaten zu demonstrieren, stellt der Bericht und Antrag der Regierung dar. Im Mittelpunkt dieser Gesetzesänderung steht eine Vereinfachung des Vollzuges durch den Wegfall des Instanzenzuges im Verwaltungsverfahren. Des Weiteren sieht die Gesetzesänderung eine

Änderung der sachlichen Zuständigkeit auf Verwaltungsebene vor.

Schliesslich strebt die Regierung Änderungen des Strafgesetzbuches und weiterer zusammenhängender Gesetze in den Bereichen Abschöpfung der Bereicherung, Verfall, Einziehung, Geldwäscherei und Bestechung an.

LSVA: Ein harter Brocken

Im Laufe der Debatte muss sich der Landtag mit der Vorlage LSVA II beschäftigen. Die Regierung möchte

einerseits ein entsprechendes Gesetz zur Schwerverkehrsabgabe schaffen, gleichzeitig die Einnahmen teilweise der AHV zuführen. Beobachtete man die Stellungnahmen der LSVA-Gegner, welche in den letzten Wochen immer wieder von sich hören machten, so könnte die Diskussion im Landtag ein harter Brocken werden.

Startschuss für Tourismusgesetz, Anpassung der MWSt...

Neben der Diskussion um die Landesrechnung und die Kenntnisnahme des Rechenschaftsberichtes soll der Landtag in zweiter Lesung den definitiven Startschuss für das neue Tourismusgesetz abfeuern, sowie einer Schaffung eines Mehrwertsteuergesetzes inklusive der Anhebung des Steuersatzes um 0,1 Prozent zustimmen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Landtagsdebatte stellt die Zentrumsplanung der Gemeinde Schaan dar. Die Parlamentarier sollen in ihrer Sitzung über einen Kredit für die Durchführung von Landerwerb befinden. Des Weiteren beschäftigt sich der Landtag wiederum mit der Diskussion um eine Verpflichtungskreditvergabe für einen eventuellen Bau des Schulzentrums Mühleholz II.

Mehrere Kredite und personelle Neubestellungen

Neben den Routineaufgaben des Landtages, beispielsweise die Kenntnisnahmen der Jahres- und Geschäftsberichte der Gasversorgung, der LKW und der AHWIV/FAK-Anstalten sollen mehrere Kommissionen und Verwaltungsräte neu bestellt werden. Zudem stehen mehrere Kreditanträge, Motionen, Postulate, Interpellationen und deren Beantwortung auf der Traktandenliste.

Traktanden der Landtagssitzung vom 14./15./16. Juni 2000

Das Parlament behandelt 36 Traktanden

- 1) Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 12./13. April 2000
- 2) Initiative vom 25. April 2000 der Abgeordneten Peter Wolff, Hansjörg Goop, Hubert Sele, Oswald Kranz und Peter Sprenger betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, 2. Lesung
- 3) Initiative vom 12. Mai 2000 der Abgeordneten Gabriel Marxer, Rudolf Lampert, Marco Ospelt, Gebhard Hoch, Helmut Konrad, Elmar Kindle, Otmar Hasler, Johannes Matt, Alois Beck betreffend die Abänderung des Gesetzes über Familienzulagen (Erhöhung der Kinderzulagen), 1. Lesung
- 4) Motion vom 22. Mai 2000 der Abgeordneten Egon Matt und Paul Vogt betreffend die gesetzliche Regelung der Naturheilkunde
- 5) Postulat vom 22. Mai 2000 der Abgeordneten Egon Matt und Paul Vogt betreffend die Übernahme komplementärmedizinischer Leistungen und Heilmittel in die Krankenpflegegrundversicherung
- 6) Interpellation vom 22. Mai 2000 der Abgeordneten Johannes Matt, Otmar Hasler, Helmut Konrad, Alois Beck, Rudolf Lampert, Klaus Wanger, Elmar Kindle, Marco Ospelt und Gebhard Hoch betreffend Einsparungen bei der obligatorischen Betriebs- und Nichtbetriebsunfallversicherung
- 7) Interpellationsbeantwortung betreffend ungerechtfertigt bezogene Subventionen der Krankenkassen (Nr. 49/2000)
- 8) Interpellationsbeantwortung betreffend die Kosteneinsparung im Gesundheitswesen durch EWR-Medikamente (Nr. 52/2000)
- 9) Neubestellung: Verwaltungsrat AHV/IV/FAK
- 10) Neubestellung: Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Kraftwerke
- 11) Neubestellung: Landesgrundverkehrskommission
- 12) Neubestellung: Landessteuernkommission
- 13) Verpflichtungskredit für den Bau der ersten Etappe des Schulzentrums Mühleholz II in Vaduz (Nr. 143/1999, Nr. 59/2000)
- 14) Landesbeitrag an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» (Nr. 41/2000)
- 15) Zentrumsplanung Schaan (Kredit für die Durchführung des Landerwerbs im «Bereich Nord») (Nr. 44/2000)
- 16) Ergänzungskredit für die Integration der Fachhochschule Liechtenstein im Spoerry-Areal in Vaduz sowie Zusammenlegung der Kredite für die Integration der Fachhochschule und des Konferenztraktes im Spoerry-Areal (Nr. 61/2000)
- 17) Jahresbericht 1999: Delegation bei den EFTA/EWR-Komitees
- 18) Jahresbericht 1999: Delegation bei der Parl. Versammlung der OSZE
- 19) Rechenschaftsbericht 1999 (Nr. 34/2000)
- 20) Landesrechnung für das Jahr 1999 (Nr. 47/2000)
- 21) Jahresbericht und Jahresrechnung 1999 der AHV/IV/FAK-Anstalten (Nr. 53/2000)
- 22) Geschäftsbericht und Jahresrechnung 1999 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 54/2000)
- 23) Geschäftsbericht und Jahresrechnung 1999 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 60/2000)
- 24) Tourismus-Gesetz (Nr. 138/1999, Nr. 51/2000), 2. Lesung
- 25) Gesetz über Europäische Betriebsräte (Umsetzung der Richtlinie 94/45/EG) (Nr. 7/2000), 2. Lesung
- 26) Anpassung der Mehrwertsteuervereinbarung sowie Schaffung des Mehrwertsteuer-Gesetzes (MWSTG) (Nr. 23/2000), 2. Lesung
- 27) Abänderung des Gesetzes betreffend die «Liechtensteinischen Kraftwerke» (Nr. 37/2000), 2. Lesung
- 28) Fünf Jahre Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) (Nr. 42/2000)
- 29) Abänderung des Statistikgesetzes (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) (Nr. 45/2000), 1. Lesung
- 30) Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Fürstentum Liechtenstein 2. Teil: Gesetz über die Schwerverkehrsabgabe (SVAG) und Abänderung des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Nr. 46/2000), 1. Lesung
- 31) Abänderung des Gesetzes vom 22. Mai 1996 über die beruflichen Sorgfaltspflichten bei der Entgegennahme von Vermögenswerten (Sorgfaltspflichtgesetz) (Nr. 48/2000), 1. Lesung
- 32) Neues Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz, RHG) (Nr. 55/2000), 1. Lesung
- 33) Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung sowie weiterer damit zusammenhängender Gesetze (Abschöpfung der Bereicherung, Verfall, Einziehung, Geldwäscherei, Bestechung) (Nr. 56/2000), 1. Lesung
- 34) Neufassung des Gesetzes über die Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft (FILG) (Nr. 50/2000), 1. Lesung
- 35) Errichtung einer diplomatischen Vertretung in den Vereinigten Staaten
- 36) Nachtragskredite III

REKLAME

JA

zur Einbürgerung
alteingesessener
Ausländer in
Liechtenstein

Die Bürgerpartei empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, an der Volksabstimmung vom 16./18. Juni 2000 betreffend die Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes ein JA in die Urne zu legen.

„Ausländer haben auf Antrag Anspruch auf Aufnahme in das Landes- und Gemeindebürgerrecht im erleichterten Verfahren, wenn ein ordentlicher liechtensteinischer Wohnsitz von 30 Jahren nachgewiesen wird, wobei die Jahre von der Geburt bis zum 20. Lebensjahr des Antragstellers doppelt gezählt wird.“

FBPL setzt Akzente!

FBPL